

Berlin Klimaschutz: Stufenmodell politische Chimäre. Pro eingesparter Tonne CO₂ müssten durchschnittlich rund 5.000 Euro investiert werden

„Das Stufenmodell bietet keinen gangbaren Weg zur Erreichung der Berliner Klimaschutzziele.“ So kommentierte Maren Kern, Vorstandsmitglied beim Verband Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen e.V. (BBU), das hierzu von Mieterverein und BUND vorgelegte Rechtsgutachten. Der BBU hat drei Hauptkritikpunkte am Stufenmodell: Erstens das Fehlen einer Folgekostenabschätzung, zweitens der gewaltige bürokratische Aufwand und drittens die Begrenzung auf den Wohnungssektor.

Was kostet das Modell?

„Es kann über kein Modell diskutiert werden, für das keine Folgekostenabschätzung vorliegt“, kritisierte Kern. Bislang werde vom Stufenmodell nur die Einteilung des Wohnungsbestandes in Stufen gefordert. Völlig offen sei aber, auf welchem Energieeinsparungs-Standard die vorgeschriebenen Modernisierungen dann erfolgen sollten. Ohne diese Information sei es jedoch unmöglich zu ermitteln, welche Kosten die entsprechenden Modernisierungen verursachen würden. Kern: „Tatsächlich könnte das Stufenmodell die Mieterinnen und Mieter so noch teurer zu stehen kommen als der jetzige Entwurf zum Klimaschutzgesetz“. Der könne bereits zu einer Steigerung der Bruttowarmmiete von bis zu 1,70 Euro bzw. 23 Prozent pro Quadratmeter und Monat führen.

Unter dem Dach des BBU sind 365 Wohnungsbaugesellschaften und -genossenschaften der Länder Berlin und Brandenburg vereint. Die BBU-Mitgliedsunternehmen bewirtschaften gut 1,1 Millionen Wohnungen. Das sind über 40 Prozent aller Mietwohnungen in Berlin und fast 50 Prozent der Mietwohnungen im Land Brandenburg.

Bürokratisches Ungetüm

Die Einteilung des Berliner Wohnungsbestandes in Energieklassen, die Festlegung von Modernisierungszielen und das Nachhalten der entsprechenden Maßnahmen würde angesichts der rund 1,8 Millionen Berliner Wohnungen einen enormen bürokratischen Aufwand nach sich ziehen. „Hierzu müsste eine neue Landesbehörde geschaffen werden“, warnte Kern. Eine solche Behörde würde den Landeshaushalt mit Millionenbeträgen belasten. Dieses Geld könne sinnvoller für Modernisierungsförderung eingesetzt werden, so Kern.

1,8 Millionen Berliner Wohnungen

Alternative: Gesetzesrahmen für Freiwilligkeit

Mit dem BBU-Klimaschutzmodell hat der BBU aufgezeigt, wie bislang erprobte, nachweislich kostengünstige Klimaschutz-Instrumente im Rahmen eines Berliner Klimaschutzgesetzes zum Einsatz gebracht werden könnten. Durch die gesetzliche Verankerung von Selbstverpflichtungen wäre sichergestellt, dass verbindliche CO₂-Einsparungsziele so wirtschaftlich und damit sozial verträglich wie möglich umgesetzt würden. Kern: „Wir

haben eine Folgekostenabschätzung: Maximaler Klimaschutz Erfolg, und Dämpfung der Betriebskosten bei anhaltend sehr moderaten Mietsteigerungen.“ Auf Grundlage etlicher seit den 90er Jahren abgeschlossener Klimaschutzvereinbarungen emittieren die Wohnungen der BBU-Mitgliedsunternehmen im Vergleich zu 1990 heute rund 30 Prozent weniger CO₂. Das Berliner Klima-Gewissen wird dadurch pro Jahr um über 630.000 Tonnen CO₂ entlastet. Die hierzu erforderlichen Klimaschutz-Investitionen von rund sieben Milliarden Euro haben nur deshalb nicht zu einer Explosion der Mieten geführt, weil die Wohnungseigentümer bislang ihre Investitionsentscheidungen jeweils mit Blick auf ihren Gesamtwohnungsbestand und seine Möglichkeiten treffen konnten.

im Vergleich zu 1990 heute rund 30 Prozent weniger CO₂

17,5 Milliarden Euro Klimaschutzinvestitionen

Bis zu 17,5 Milliarden Euro Klimaschutzinvestitionen könnten in den nächsten zehn Jahren nach Berechnungen (BBU) auf Berlins Mieter und Gebäudebesitzer zurollen. „Der Senat muss dafür sorgen, dass seine Klimaschutzpläne die Berlinerinnen und Berliner nicht teuer zu stehen kommen“, warnte BBU-Vorstandsmitglied Maren Kern. Nur so sei sozial verträglicher Klimaschutz möglich. Hintergrund der BBU-Berechnungen ist vom Senat vorgelegte Evaluierungsbericht zum Landesenergieprogramm. Erhebungen unter den 140 Berliner BBU-Mitgliedsunternehmen haben ergeben, dass pro eingesparter Tonne CO₂ durchschnittlich rund 5.000 Euro investiert werden müssten. Dabei reicht die Spanne pro Tonne von 2.000 Euro bei gering investiven Maßnahmen bis hin zu 8.000 Euro bei hoch investiven Maßnahmen. Hierzu zählen vor allem Investitionen in den Einsatz erneuerbarer Energien. Laut Landesenergieprogramm sollen bis 2020 noch 4,82 Millionen Tonnen CO₂ eingespart werden. Der Gebäudebereich soll zur Erreichung dieses Ziels mit rund 45 Prozent beitragen. Das entspricht 2,18 Millionen Tonnen. Je nach Art der Investitionen würden dafür zwischen 4,4 (gering investiv) und 17,5 (hoch investiv) Milliarden Euro eingesetzt werden müssen.

Laut Landesenergieprogramm sollen bis 2020 noch 4,82 Millionen Tonnen CO₂ eingespart werden.

Vorfahrt für Wirtschaftlichkeit

Beim derzeitigen Referentenentwurf für ein Berliner Klimaschutzgesetz droht die Vorschrift hoch investiver Klimaschutzmaßnahmen. Das würde zu einer Verschlechterung der Investitionseffizienz und der drastischen Verteuerung des Wohnens in Berlin führen. Kern: „Klimaschutz wird nur dann nicht unbezahlbar, wenn der Senat bei seiner Klimapolitik weiterhin auf Freiwilligkeit und Selbstverantwortung setzt.“ Selbstverpflichtungen stehen deshalb im Mittelpunkt des BBU-Klimaschutzmodells. Es sieht eine konzertierte Berliner Klimapolitik auf Grundlage eines gesetzlichen Rahmens für Klimaschutzabkommen sowie Sanktionsmöglichkeiten für den Fall ihrer Nichteinhaltung vor.

Freiwilligkeit wirkt

Im Rahmen von mittlerweile acht Klimaschutzabkommen zwischen BBU, Wohnungsunternehmen und Berliner Senat konnten die BBU-Mitgliedsunternehmen bei ihren Investitionsentscheidungen bislang immer die im jeweiligen Fall effizienteste Lösung zum Einsatz bringen. Kern: „Auf diese Weise werden die CO₂-Emissionen unserer Mitgliedsunternehmen Ende 2010 um über 730.000 Tonnen bzw. 30 Prozent unter denen von 1990 liegen, ohne dass das zu einer Explosion der Mieten geführt hätte.“

Einsparen ohne daß die Mieten steigen seit 9 bis 23 streichen

Dr. David Eberhart